



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Vertragsregister.

Für die Woche vom 1. bis 7. Februar 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 6 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Laut Generalversammlungsbefehl vom 18. Januar d. J. ist der Lokalbeitrag in der Zahlstelle Hannover bis einschließlich der Klasse V von 10 auf 30 Pf., in Klasse VI von 20 auf 40 Pf. erhöht worden.

Die Zahlstelle Elberfeld-Barmen hat die Lokalbeiträge für männliche Mitglieder von 10 auf 20 Pf. und für weibliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. erhöht.

Der Verbandsvorstand hat hierzu seine Zustimmung gegeben.

Der Verbandsvorstand.

J. A. E. Bucher, 1. Vorsitzender.

Gerüstungsarbeit.

Wie überhaupt in der Arbeiterbewegung, so haben sich auch in den Gewerkschaften nach der Revolution mehrere Parteien gebildet, die sich heftig bekämpfen. Von diesem Bruderkrieg ist keine Organisation der Arbeiter verschont geblieben und überall da, wo früher die Arbeiter einmütig und geschlossen sich für ein Ziel einsetzen und ihre ganzen Kräfte einer Front zuwenden, ist der Kampf nach zwei Seiten entbrannt. Es gab zu Beginn der Revolution Optimisten, die da glaubten, die politische Uneinigkeit der Klassenbewußten Arbeiter werde bei der Verantwortung vor dem Volksgang und bei der Notwendigkeit des Zusammenenschlusses aller Kräfte verschwinden. Sie haben sich geirrt. Noch heute stehen sich die Arbeiter sogar in ihren eigenen Verbänden erbittert gegenüber, und alle Mittel sind der Opposition meistens heilig, wenn es gilt, die andere Seite als „Feinde der Arbeiterklasse zu brandmarken“.

Auch unser Verband ist von dieser Uneinigkeit nicht frei geblieben. Der Kampf gilt nicht, wie die Anhänger des „unverfälschten Rätesystems“ behaupten, etwa bestimmten Personen in der Leitung des Verbandes, sie kämpfen für ihre Ueberzeugung und für die gute Sache der Arbeiterschaft. Da aber ihrer Meinung nach die Verbandsleitung von Personen besetzt ist, die die Interessen der Kollegen und Kolleginnen nicht würdig und wie es nottut und mit ganz unzulänglichen Mitteln vertreten, fordern sie eben deren Beseitigung, damit sie sich an deren Stelle setzen und zeigen können, wie es anders und besser gemacht werden kann. Vorläufig aber schweigen sie sich über das „Wie“ aus, begnügen sich mit scharfer Kritik und Protesten gegen die verantwortlichen Leiter, von denen sie sich verraten glauben, „kennzeichnen“ das alte moralische System mit kräftigen und lauten Worten und wollen nicht eher ruhen, bis sie die Träger des Systems rausgeschmissen haben.

Das war so ungefähr die Tonart, auf die die letzten beiden Berliner Mitgliederversammlungen

gestimmt waren. Berlin ist der Hort der Opposition in unserm Verbands und nicht erst seit heute und gestern; die Berliner Versammlungen waren immer schon berüht und leisteten etwas in ihrer Kritik an den inneren Einrichtungen im Verbands. Das war nicht schlimm und ist das gute Recht jeder Zahlstelle. Liegen doch die örtlichen Verhältnisse den Mitgliedern nicht nur räumlich näher als die Gesamtinteressen. Ob sie sich aber und der Allgemeinheit mit der Betonung der lokalen Forderungen und mit deren ausschließlicher Behandlung viel nützen werden, darf denn doch bezweifelt werden.

Die Berliner Zahlstelle hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich im ganzen Verbands einen Einfluß zu sichern, der ihr bei 10 000 Mitgliedern schon zahlenmäßig zukommt. Dieser Einfluß ist leider nicht vorhanden und kann nicht erreicht werden, wenn man für die Verhältnisse der Mitglieder in der Provinz nicht genügend Teilnahme und Verständnis findet. Die wiederholten Hinweise auf die Verelendung des Proletariats, auf die immer mehr zunehmende Teuerung, für die die jetzigen Zulagen nicht ausreichen, haben doch nur einen Sinn, wenn andere Mittel angegeben werden können, die wirklich ausreichend sind. Der Mehrheit im Verbands sind diese Zulagen und Lohnfestsetzungen wichtiger als das in Berlin so laut gepredigte Rätesystem, dessen Anhänger letzten Endes auch nur Lohnforderungen stellen und Tarifverträge abschließen können und es auch tun, wie die Vorgänge in anderen Verbänden beweisen.

Da die rein politischen Tendenzen der Berliner Opposition nicht genügend Eingang in die Provinz fanden, ist man in letzter Zeit dazu übergegangen, Agitatoren nach andern Zahlstellen zu senden, die die Ideen der Räteanhänger dort propagieren sollen. Da tauchte dann hier und da rein „zufällig“ ein Berliner Kollege auf, der den Verammelten, weil er doch nur einmal da war, als Gast seine Ansichten über die Politik des Verbandes und der Leitung vortrug. Diesmal war es zur Abwechslung allerdings anders. In der ersten Berliner Versammlung konnte ein Leipziger Kollege eine kleine Ansprache los werden, da er und noch ein Mitglied aus der großen Seestadt (auch zufällig natürlich) in Berlin private Angelegenheiten zu regeln hatte. Er wußte von der großen Mißstimmung gegen den Reichstarif in Leipzig zu berichten, obwohl dort eine Mitgliederversammlung sich damit noch gar nicht beschäftigt hatte. In einer Versammlung der Vertrauenspersonen aber hatte jemand, der nichts wußte und wissen konnte, über die Reichstarifverhandlungen berichtet, denn er hatte so unter der Hand etwas erfahren und es nach einem Bericht der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung“ zuwege gebracht, daß der Tarif abgelehnt, den Verhandlern und dem Verbandsvorstand ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und gebrochen wurde, der Verbandskasse die Beiträge zu sperren. Derselbe Bericht sollte auch unser Verbandsorgan zieren. Seine Verfasser haben Glück gehabt, daß dies nicht geschah, denn sie hatten ein wenig gesunkert und, was noch schlimmer ist, sich dabei kriegen lassen. In einer Sitzung der Leipziger Ortsverwaltung wurde fest-

gestellt, daß überhaupt kein Tarif abgelehnt worden war und die Vertrauensleute sich nur gegen die Form des Abchlusses ausgesprochen hatten. Ein Leipziger Vertreter war nach ihrer Meinung nicht Teilnehmer bei den Verhandlungen gewesen, obwohl der Vertreter ihres Ganges von ihnen selbst als „Tarifvater“ bezeichnet wurde und an dem Zustandekommen des Tarifs sehr tatkräftig mitgewirkt hatte. Einen weiteren Vertreter zur Gauleiterkonferenz hatten sie trotz Aufforderung nicht gestellt. Die Sperrung der Beiträge war natürlich auch das Produkt des überradikalen „Berichtemachers“, die Mitglieder hatten zu einem beratigen Antrag überhaupt nicht Stellung genommen.

So sehen oft in Wirklichkeit die Alarmnachrichten aus, die jetzt in verschiedene Tageszeitungen von den revolutionären Hilfsarbeitern gebracht werden. Auch nach den letzten Berliner Versammlungen ist wieder eifrig berichtet worden. Zuerst einmal über die Versammlungen selbst, dann aber noch über ihre Folgen. Die Berichte in der „Solidarität“ unterscheiden sich natürlich sehr von dem, was die unabhängige Tagespresse über die Berliner Verhältnisse zu sagen weiß. Dort soll ja auch kein objektives Bild gegeben, sondern Stimmung gemacht werden, die entsprechende Unmut und Mißtrauen gegen die Verbandsleitung auslösen soll. Daran arbeiten gewisse Kreise mit allen Mitteln, aber einen ganz besonders häßlichen Eindruck machte es, als in der letzten Berliner Mitgliederversammlung zwei Mitglieder des Verbandsvorstandes gegen die Arbeiten der Leitung sprachen und Beschlüsse des Vorstandes tendenziös entstellten wiedergaben, in der allerdings nicht angesprochenen aber deutlich erkennbaren Absicht, bestimmte Kollegen in der Leitung herunterzureißen. Die betreffenden Delegierten im Verbandsvorstand nehmen nämlich an, daß sie lediglich örtliche Interessen dort wahrzunehmen haben und für ihre Handlungen in erster Linie der Berliner Mitgliedschaft gegenüber verantwortlich sind. Sie übersehen dabei, daß Berlin nicht der Verband in seiner Gesamtheit ist, sondern auch eben nur eine Zahlstelle, wenn auch die größte. Das Auftreten der beiden Kollegen hatte denn auch in der nächsten Vorstandssitzung ein kleines Nachspiel. Sie hatten sich wegen ihres Verhaltens in der Öffentlichkeit zu verantworten. Einer der Kollegen hatte schon vorher in einer Gauleiterkonferenz erklärt, daß für ihn als Anhänger des unverfälschten Rätesystems die Geschäftsordnung des Vorstandes nicht bindend ist und er es sich in jedem Falle vorbehält, von den dort gefassten Beschlüssen hinauszutragen, was ihm beliebt.

Der Verbandsvorstand tagt natürlich nicht hinter verschlossenen Türen. Seine Maßnahmen werden immer zu gelegener Zeit und in entsprechender d. h. richtiger Form zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden. Es darf aber nicht einem einzelnen Mitgliede des Vorstandes überlassen sein, wenn es ihm beliebt und wie es ihm gefällt, aus den Sitzungen zu berichten. So vor-eilige und wenig überlegte Handlungsweise kann unter Umständen böse Folgen für die Mitglieder haben, sofern es sich um Beschlüsse handelt, die unbedingt geheim gehalten werden müssen.

Der Verbandsvorstand hatte in seiner Mehrheit kein Vertrauen mehr zu den beiden Kollegen, die ihr Auftreten mit ihrer parteipolitischen Stellungnahme begründen wollten und schloß sie auf Grund der Geschäftsordnung von der weiteren Teilnahme an den Sitzungen aus. In der unabhängigen Berliner „Freiheit“ erschien dann wenig später wieder ein „Bericht“, in dem der Verbandsvorsitzende als geistiger Urheber des Ausschlußantrages scharf angegriffen wurde und Gründe für den Ausschluß angegeben wurden, die in der betreffenden Sitzung gar keine Rolle gespielt haben. Nach 14 Tagen ging auch der Redaktion der „Solidarität“ eine Erklärung zu, die den Mitgliedern des Verbandes mitteilen sollte, daß die Ablehnung der Teuerungszulagen für die Verbandsangestellten durch die beiden Kollegen zu ihrem Ausschluß geführt hat. Das ist blanker Schwindel. Davon ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Es soll damit versucht werden, Mißstimmung bei den Mitgliedern gegen die verantwortlichen Leiter zu erregen. Um das zu erreichen, ist ihnen kein Mittel zu schlecht.

Der Einfender dieser „Erklärung“, der das gute Einvernehmen zwischen Redaktion und Mitgliedern preißt und es nicht gestört wissen will, irrt aber, wenn er annimmt, die „Solidarität“ ist die Berliner Mitgliederversammlung, in der verbiente Funktionäre als Verbrecher bezeichnet werden können. Wer durch die Verbandszeitung zu den Kollegen und Kollegen reden will, muß sich streng an die Wahrheit halten und in durchaus anständigem Ton mit seinen Kollegen verfahren, dabei braucht er von seiner Ueberzeugung noch keinen Strich breit abzuweichen.

Die kleine Schilderung der Zustände, wie sie durch die Opposition in Berlin geschaffen wurden, ist keineswegs eine erschöpfende Darstellung. Sie gibt aber einen kleinen Einblick in die dort bestehenden Verhältnisse. Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, in ihren Besprechungen und Versammlungen dazu Stellung zu nehmen. Meinung und Urteil der Mehrheit im Verbandsrat ist für die Zeitung maßgebend. Eine Klarstellung ist durchaus notwendig. In unserm Verbandsrat ist bisher noch niemand gefragt worden, welcher politischen Richtung er angehört. Heute soll das nach Meinung der Berliner Opposition anders werden. Nach einem dort bestehenden Beschluß können nur Anhänger des Rätelstanzes in irgendein Amt gewählt werden. Das Verbandsstatut ist dafür also nicht mehr maßgebend. Dieser Beschluß entzieht einem Teil der Berliner Mitglieder. Sein Sinn geht dahin, den Mitgliedern ein bestimmtes politisches

Glaubensbekenntnis aufzuzwingen, aus einer freien Gewerkschaft einen politischen Verein zu machen. Wer das ebenfalls will, der folge der Berliner Opposition, der es nicht auf Erzielung kleiner wirtschaftlicher Vorteile ankommt, wie sie selbst sagt.

Gautag im Gau 2.

Die Gaukonferenz fand in Frankfurt a. M. am 18. Januar statt. Aus 14 Bahistellen waren 16 Delegierte erschienen, außerdem der Gauvorstand und vom Verbandsvorstand Kollege Bucher. Die Tagung begann früh um 10 Uhr mit dem Bericht des Gauleiters. Kollege Kalb gedachte der verstorbenen Kollegin Thiede wie des verstorbenen Kollegen Wendtroth-Kassel, der einen großen Anteil an der Fortentwicklung der Kasseler Bahistelle hatte und kurz nach dem letzten Gautag verstorben war. Auch der seit dem letzten Gautag bis zum Kriegsende noch gefallenen Kollegen auf dem Schlachtfeld und der verstorbenen Kollegen und Kolleginnen in den einzelnen Bahistellen wurde gedacht. Man ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise.

Dann sprach Kollege Kalb von den Kriegsgefangenen Kollegen. Wir haben heute die Genußgenugung, konstatieren zu können, daß auch deren Erlösungsstunde geschlagen habe. Es wird nicht mehr lange dauern, wo wir sie alle in unserer Mitte begrüßen können.

Zum Geschäftsberichte ist folgendes zu sagen: Der letzte Gautag fand am 2. Juni 1918 statt. Damals zählte der Gau vier Bahistellen mit insgesamt 232 Mitgliedern. Heute zählen wir im Gau 14 Bahistellen mit insgesamt 1861 Mitgliedern. Es sind demnach zehn Bahistellen und 1629 neue Mitglieder im Berichtsjahre hinzu gekommen. Die Bahistellen Achsaffenburg, Eberstadt, Limburg, Groß- und Klein-Steinheim, Wehlar und Worms kommen als neue Bahistellen in Frage, Gießen, Nauau, Eschenau und Wiesbaden bestanden schon früher und waren während des Krieges eingegangen. 1918 waren im Gau drei Bahistellen mit örtlichen Tarifverträgen vorhanden, während wir heute zwölf Bahistellen haben, in denen örtliche Tarifverträge die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegenschaft regeln. Ohne Tarifvertrag sind noch die Bahistellen Limburg (Lahn) und Wehlar. Beide Bahistellen sind erst vor kurzer Zeit gegründet. Die abgeschlossenen örtlichen Tarifverträge erstrecken sich nicht nur auf das Buchdruck-Hilfspersonal, sondern auch in allen Bahistellen auf das Steindruck-Hilfspersonal; letzteres ist heute zum überwiegenden Teile unserer Organisation angegeschlossen. Im Berichtsjahre ist durch fünfmalige Teuerungszulagen die Lage unserer Kollegenschaft verbessert worden. Die Beitragszahlung lasse aber diese Lohnerhöhungen nicht erkennen. Wir können konstatieren, so führte Kollege Kalb aus, daß im ganzen Gau kein Kollege und keine Kollegin mehr

unter 30,— Mk. Wochenlohn arbeitet. Wir haben aber in den Abrechnungen der einzelnen Bahistellen immer noch die Beiträge der untersten Beitragsklassen. Daß hier Besserung eintritt, ist der Wunsch des Gauvorstandes. Kollege Kalb schloß seinen Bericht mit dem Danke an alle Funktionäre im Gau, die mitgeholfen haben, diesen Erfolg zu erzielen. Es sei zu erwarten, daß auch für die Zukunft jeder einzelne seine Kraft in den Dienst der Organisation stellen werde im Interesse der Gesamtkollegenchaft Deutschlands.

An diese Ausführungen schlossen sich die Situationsberichte der Delegierten der einzelnen Bahistellen an. Alle konnten von guten Fortschritten in ihren Bahistellen berichten. Wenn es auch harter und mühevoller Arbeit bedurfte, so war es doch mit Hilfe der Gauleitung möglich gewesen. Alle konnten berichten, daß bei den Teuerungszulagen die Unternehmer immer bei der Hilfsarbeiterchaft sparen wollten. Auch bei der ab 15. Dezember v. J. zu bewilligenden Teuerungszulage kam es zu Auseinandersetzungen, bis endlich unser gutes Recht anerkannt wurde. Die Delegierten gingen noch auf die örtlichen Verhältnisse und Lohnbewegungen in ihren Bahistellen ein, dabei erwähnend, daß sie auch für die Zukunft ihre ganze Tätigkeit in den Dienst der Organisation stellen würden.

Der Gauassessor verwies auf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht und gab hierzu einige Erläuterungen. Er machte darauf aufmerksam, daß durch die schwierigen Verkehrsverhältnisse der heutige Gautag der Gaukasse ein Defizit bringen würde. Es wurde beschlossen, den Gaubeitrag pro Quartal und Mitglied auf 20 Pf. festzusetzen. Die Erhöhung des Beitrages tritt mit dem 1. Quartal in Kraft. Des weiteren wurde beschlossen, daß jedes Mitglied im Gau einen einmaligen Extrabeitrag von 1 Mk. in die Gaukasse abzuführen hat.

Nunmehr hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Bucher, sein Referat über den Reichstarif. Er verbreitete sich eingehend über die seit Jahren gemachten Erfahrungen mit den örtlichen Abkommen und den Allgemeinen Bestimmungen, die nun endlich durch die Kraft der Organisation zum Reichstarif geführt haben. Er erläuterte die einzelnen Bestimmungen des Tarifes und sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß alle an diesem neuen Werk mitwirken werden, das Gute für die Mitglieder zu nützen und das, was schlecht scheint, zu verbessern.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Allseitig wurde dem Reichstarif die Zustimmung gegeben. Kein Delegierter sprach sich im ablehnenden Sinne aus. Es wurde anerkannt, daß dem Verbandsvorstand und den Gauleitern, die zum Gelingen des Reichstarifes beigetragen haben, Dank gebührt, da der Reichstarif unserer Gesamtkollegenchaft eminenten Vorteil bringt.

Der nächste Gautag soll wiederum in Frankfurt tagen. Kollege Kalb ging noch einmal auf das

Der Handwerksbursche.

Von Erna Mehnert, Dresden.

Weißend fährt der Wind durch das Flockengehimmel, welches die weite Ebene mit einem weißen Leichentuch bedeckt. Hier und da das heisere Krächzen eines Raben und das Aufwirbeln einer feinen, kristallinen Schneewolke, wenn der Vogel mit schwerem Flügelschlag sich auf einen beschnittenen Schwarzdornstrauch, die vereinzelt an der Chaussee stehen, niederläßt. Sonst tiefe Stille. — In vielen Krümmungen zieht sich die Chaussee durch das flache Feld, bis sie sich in einem kleinen Tannenwäldchen dem Auge des Wanderers entzieht.

Ein Handwerksbursche zieht auf ihr dahin. Die ärmliche, notdürftige Kleidung bietet nur geringen Schutz gegen die schneidende Kälte. Dester bleibt er stehen, um neue Kräfte für seine mühsame Wanderung zu schöpfen. Unter dem abgegriffenen schabigen Hut lugen einige silberne Strähnen hervor, die neben den grauburchfürchten Bügen von einem Leben voll Sorge und Glend erzählen. — Raich strebt der Wanderer dem schützenden Forst zu, um einigermaßen gegen eisigen Wind geschützt zu sein.

„O Gott! Das ist ein Leben!“

Im Walde bilden drei Fichten, die zusammen auf einem kleinen Hügel stehen, mit ihren starken Ästen ein schützendes Dach gegen Schnee und Sturm. Auf dem moosbewachsenen Steine in der Mitte der Gruppe will sich der greise Wanderer niederlassen und will ausruhen von all den Sorgen, den Qualen, den Enttäuschungen, den Ueberanstrengungen, der langen beschwerlichen Wanderung.

Und wenn er einschlief und erfürte? Wäre der ungelähmte schmerzlose Tod nicht eine Wohltat? Vorbei wäre es dann mit den Qualen, den getriebenen Hoffnungen des Lebens. Vorbei mit Hungern und

ruhlosem Umherirren? — Die müden zitternden Knie, die die Last des Körpers nicht mehr weiter schleppen können, entschließen.

Leise sinkt die Dämmerung hernieder. Hoch über ihm in den Werten wütet der Sturm. Er sieht regungslos. Mit offenen Augen starrt er in die hereinbrechende Dunkelheit und sein Leben zieht einer Vision gleich noch einmal an ihm vorüber.

Frühling ist es und lichter Sonnenschein. Die Vögel jubelieren, und draußen auf Feldern und Wiesen sproßt und blüht es.

„Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus! Da bleibe, wer Lust hat, mit Sorgen zu Haus.“ Wie die Wolken dort wandern am blauen Himmelszelt.

So steht auch mir der Sinn in die weite, weite Welt!

So singt und jubiliert auch der junge Wanderer, der zum erstenmal in die blühende, unbekannte weite Welt zieht. Aus seinen Augen lacht das Glück der hoffnungsfrohen Jugend, und in seinem Innern hämmert ein von Lebensfreude und Lebensmut durchglühendes Herz.

Er hatte bei einem tüchtigen Meister seiner Vaterstadt, einem kleinen Landstädtchen Sachsens, die Buchloherlei erlernt und das beste Zeugnis von seinem Lehrmeister mit auf den Weg bekommen. Damit gedenkt er bald Arbeit zu erhalten. Doch so bald erfüllt sich diese Hoffnung nicht. Wohlgeraten nimmt er alle Strapazen einer Handwerksburschenwanderung mit in den Kauf. Auf der Landstraße trifft er viele Kameraden, die er mit dem gebräuchlichen Gruß: „Wenn Kunde!“ erkennt und von denen er sich nach allerlei Fragen und Auskünften sowie guten Ratschlägen mit dem herzlichen und aufrichtigen Gruß: „Machs gut!“ trennt. Abends in

der Herberge trifft er wieder seinesgleichen, mit denen er Erlebtes austauschen oder Zukunftspläne schmieden kann. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt er alle Unterhaltungen seiner gutinformierten Genossen. Er besitzt einen gesunden natürlichen Sinn für alles, was gut und recht ist, und aus allem, was er hört und sieht, bildet er sich selbst sein Urteil und zieht seine Nutzenabwägung.

Wenn ihm nun auch bald klar wird, daß seine Hoffnung nach Glück in der Fremde etwas zu hoch gespannt war, so wird er deshalb nicht hoffnungslos. Mitunter wird er von den Unbilden der Witterung auf unbewohnter Gegend überrascht, ein andermal kann er keine Herberge finden und muß bei Bauern im Stall oder Heuschaber oder ganz im Freien übernachten.

Aber frei wie der Vogel in der Luft durch die herrliche Natur zu wandern, ist ihm die größte Freude. An schönen, sonnigen Tagen am Waldrande zu liegen und mit offenen Augen zu träumen von vergangenen schönen Tagen und von zukünftigem Glück, das war für ihn eine Erholung, eine Belebung zu neuem, frischem Mut.

Endlich erhält er in einem Landstädtchen Süddeutschlands Arbeit bei einem kleinen Meister. Zwar ist die Arbeitszeit lang und der Lohn gering, aber es ist doch Arbeit. Ohne Zögern nimmt er die Stellung an, denn er muß an die baldige Renovierung seiner Kleidung denken. Der Meister ist mit seinen Leistungen zufrieden und er selbst gibt sich die größte Mühe. Durch seinen verträglichen Charakter und seinen heiteren Sinn ist er bald beliebt geworden. Er ist gern gesehen und hat sich gute Freunde erworben. Aber trotz dieses so harmonisch verlaufenden gesellschaftlichen Verkehrs kann unser junger Handwerker die wahre innere Befriedigung nicht finden. Es fehlt ihm die geistige Anregung. Eine Organisation seiner Handwerks-

Ergebnis der Tagung ein und schloß den Gantag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Aus unseren Zahlstellen.

Bremerhaven. Mitgliederversammlung am 18. Januar 1920. Die Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Kollege Sportstuhl-Hannover war erschienen und sprach über Zweck und Nutzen der Organisation. Die Mitglieder erkannten die ihnen durch den Verband gebrachten Vorteile an und erklärten, mit Unorganisierten, die sich selbst, zumeist aber die Allgemeinheit, durch ihr Verhalten schädigten, nicht mehr zusammenzuarbeiten. Kollege Sportstuhl referierte dann über den neuen Reichstarif und gab die für Bremerhaven zuständigen Löhne bekannt. Da der Tarif am 1. Januar in Kraft getreten ist, müssen die Prinzipale, die erst nach erhaltener Nachricht ihrer Vereinnigung in Bremen die Forderungen bewilligen wollen, die Zulagen von Jahresbeginn an nachzahlen. Die Zahlstelle beschloß, dem Gewerkschafts-kartell beizutreten und bestimmte zum Kartell-belegierten den Vorsitzenden Kollegen Gerling. Der Ortsaufschlag wurde von 10 Pf. auf 15 Pf. erhöht. Für jeden Betrieb wurde eine Kassiererin gewählt, die die Beiträge dort kassiert und sie an die Kollegin Regina Wobe abzuliefern hat.

Duisburg. Der Segen der Stundenlohnzahlung. In Zeitungs-, Buchdruckerei-betrieben und auch in Silberbuchfabriken ist es wohl bei einsichtigen Arbeitgebern Sitte, den verdienten Lohn in Wochenraten zu zahlen. Die Firma Steinkamp macht hier in Duisburg eine einzige Ausnahme. Verlangten doch vor kurzem die Arbeiter und Arbeiterinnen genannter Firma in einer gemeinsamen Betriebsversammlung die Abschaffung der Stundenlohnzahlung und dafür die Einführung des Wochenlohnes. Was tat Herr Steinkamp? In die Enge getriebene führte er Akkordlöhne ein. Akkordlöhne lassen sich bei ihm nur in einigen Abteilungen einführen. Einige Mädchen verdienen nun annähernd 50.— M., die meisten aber weit, weit weniger. So verdiente eine Arbeiterin in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr nach Abzug der Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung 12.80 M. Nach vorliegenden Lohnbüchern haben es andere Kolleginnen allerdings zu höherem Verdienst gebracht. Wir wollen es der Allgemeinheit nicht vorenthalten, wie dieser Unternehmer seine Arbeiterinnen bezahlet und sehen daher die „fürsichtigen“ Summen hier ein, mit denen Herr Steinkamp seine Hilfsarbeiterinnen beglückt. Es erhielten in der fraglichen Zeit die Kolleginnen eine „Entlohnung“ von 13,95 M., 15,90 M., 16,75 M., 17,90 M. Nun ist allerdings nicht diesem sogenannten Brotgeber allein ein Vorwurf zu machen. Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihre Klassenlage klar erkannt haben, geben es auf,

so sozial rückständige Unternehmer durch gute Worte zu einer besseren Einsicht zu bekehren. Hier gibt es nur ein Mittel, das Abhilfe schafft. Nur durch eine starke Organisation kann dieser Prinzipal gezwungen werden, Löhne zu gewähren, die der allgemeinen Leistung und den derzeitigen Lebensverhältnissen entsprechen. Das weiß auch Herr Steinkamp wohl und ihm war es in erster Linie darum zu tun, den verhassten Verband von seinem Betriebe fernzuhalten. Leider gelingt ihm das, und sehr bedauerlich ist es, daß ihm eine unserer Kolleginnen dabei hilft. Die frühere Kollegin Hildebrand hat das gute Organisationsverhältnis im Betriebe gestört. Ihre Mitarbeiterinnen werden sie daher gebührend einschämen und dafür sorgen müssen, daß der Verband stark und so Schutz und Hilfe für alle wird.

Frankfurt a. O. Am 14. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Zunächst erstattete der Vorsitzende, Kollege Meier, den Jahresbericht und verwies darauf, wie dringend notwendig es war, hier am Orte eine Zahlstelle zu gründen. Im Mai forderten wir eine Teuerungszulage: für männliche Hilfsarbeiter 20.— M. und für weibliche 16.— M. Die Prinzipale lehnten unsere Forderung glatt ab. Sie hatten für unsere schlechte Lage überhaupt kein Verständnis. Mit Unterstützung der Verbandsleitung riefen wir den Schlichtungsausschuß an. Es kam allerdings eine Einigung nicht zustande. Den Schlichtungsanspruch erkannten die Prinzipale nicht an, und so kam es zum Streik, der nach dreitägiger Dauer mit einem vollen Erfolg für uns endete. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß nur durch eine gute Organisation Vorteile zu erringen sind. Laut Versammlungsbeschluss am 12. November 1919 sollte nun unser bestehender Tarif gekündigt werden. Durch den Reichstarif und die in ihm festgelegten Teuerungszulagen wurden örtliche Vereinbarungen überflüssig. Leider lassen sich die hiesigen Prinzipale noch Zeit mit der Anerkennung des Tarifs. Das enthebt sie allerdings nicht der Pflicht der Nachzahlung, die wir eventuell wieder mit Hilfe der Gauleitung erzwingen werden. Die Frankfurter Kollegschaft spricht der Verbandsleitung ihr volles Vertrauen aus und begrüßt es, daß der Reichstarif zustande gekommen ist, denn er bringt für die weniger starken Organisationen besonders hohe Vorteile. Dann erstattete Kollege Reichert den Kassenbericht. Der Kassenbestand ist ein erfreulicher. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden wiedergewählt: Kollege R. Meier, Vorsitzender; Kollege O. Reichert, Kassierer. Neu gewählt wurden: Kollegin Hartle als Schriftführerin, die Kolleginnen Weibner und Anna Schulz als Beisitzerinnen, die Kolleginnen Buchholz und Büchel als Revisoren und als Kartell-belegierte die Kolleginnen Marggraf und Böhne. Mit einer Mahnung an alle Kolleginnen und Kollegen, sich doch recht rege an den Organisations-

arbeiten zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Goslar. Am 20. Januar hielt die Zahlstelle Goslar die erste Generalversammlung ab. Kollege Nieseler sprach über die Lohnfrage und den Reichstarif. In einer lebhaften Debatte wurde Plage darüber geführt, daß die Unternehmer die Zahlung der Zulage und die Anerkennung des Tarifs verzögern. Zu Kartellbelegierten wurden gewählt Kollege Lauterbach und Kollegin Leutge. Die Arbeiten des Vorstandes im vergangenen Jahre waren nicht gering. Allseitig wurde anerkannt, daß die Ortsverwaltung die Interessen der Mitglieder gut vertreten hatte. Bei der Neuwahl wurden die alten Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der als solcher nicht wieder kandidierte und das Amt des Kassierers innehat, wiedergewählt. Zur zweiten Vorsitzenden wurde die Kollegin Antonie Sommer bestimmt. In der „Harzer Volkszeitung“ will die Geschäftsleitung unsere Kolleginnen nicht als Hilfsarbeiterinnen anerkennen und darum auch nicht den tariflichen Lohn zahlen. Die Versammelten verlangten gerade von dieser Druckerei die Anerkennung der vereinbarten Lohnsätze. Sie müßte den andern Unternehmern mit gutem Beispiel vorangehen. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden, daß auch im neuen Jahre die Mitglieder treu zueinander stehen werden, erfolgte Schluß der Versammlung, an der leider die auswärtigen Kollegen wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht teilnehmen konnten.

Teuerungszulagen für das Steinbruderei-Hilfspersonal in den Zahlstellen Frankfurt a. M., Offenbach, Groß- und Klein-Steinheim und Hanau. Mit den fälligen Teuerungszulagen ab 15. Dezember 1919 an das Buchdruckerei-Hilfspersonal wurde auch von dem Steinbruderei-Personal der vorgenannten Zahlstellen an den Tarifkreisvertreter des Kreises 4 des Schuhverbandes der Steinbrudereibetriebe am 20. Dezember die Forderung einer weiteren Teuerungszulage gestellt, zahlbar ab 15. Dezember 1919, und zwar an die Kolleginnen wöchentlich 25.— M., an die Kollegen wöchentlich 40.— M. Die Verhandlungen fanden am 14. Januar in Frankfurt a. M. statt. Nach längerem Verhandeln wurde folgende Verständigung erzielt: Die Teuerungszulagen sind ab 15. Dezember zu zahlen. In denjenigen Zahlstellen, in denen vor Weihnachten eine größere Wirtschaftsbeihilfe an das Steinbrudereihilfspersonal gezahlt wurde, soll die Teuerungszulage erst ab 2. Januar zur Auszahlung gelangen. Es erhalten: Stenografen ohne Rücksicht des Alters wöchentlich 25.— M., Hilfsarbeiter, verheiratet oder über 24 Jahre alt 22.— M., vom 17. bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres 19.— M., vom 15. bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres 10.— M., vom 14. bis zum 15. Jahre 5.— M., Anlegerinnen 15.— M., Hilfsarbeiterinnen 10.— M.

kollegen sucht er hier vergebens. Alles ist noch sehr rückständig und spießbürgerlich. Nur eine notdürftig ausgestattete Leihbibliothek befindet sich am Plage. Diese benutzt er in seinen freien Stunden und die Werke von Heine und Schiller sind so recht nach seinem Sinn: so wahr, so schön und so frei! Ein heißer Drang nach dem Guten und Schönen ist in ihm erwacht. Jetzt leidet es ihn nicht mehr in der Kleinstadt, wo alles so beschränkt, so eng für ihn ist. Er lagt seinem Meister abe, um sein Glück in der Großstadt zu versuchen.

Einige Wochen später finden wir ihn in einer großen Industriestadt Sachsens. In einer Maschinenfabrik hat er Arbeit erhalten, denn die geschäftliche Krise hat nachgelassen. Mit großem Eifer geht unser Freund an die Arbeit. Er hat Freude an seinem Beruf und sucht Kenntnisse und Fähigkeiten mehr und mehr zu erweitern. Seiner Gewerkschaft hat er sich gleich in der ersten Woche angeschlossen. In den Versammlungen wird er bald bekannt. Er interessiert sich für alles und gibt durch offene Fragestellung an den Vorsitzenden oder den Referenten manchmal Anlaß zu besonders lehrreichen und interessanten Debatten. Mit regem Eifer vertieft er sich auch hier in die vorhandene reichhaltige Gewerkschaftsbibliothek.

Jahre sind vergangen, Jahre mit vielen arbeitsreichen und schweren Stunden, aber auch mit Stunden des Frohsinns und des reinsten Glücks. Unser Freund hat einen eigenen Hausstand gegründet, er hat eine liebe Frau und zwei herzige Kinder. Wenn er nach Feierabend im Kreise seiner Familie weilt, vergeht er alles Widerwärtige und Herbe, was ihm am Tage begegnet ist. Das Glück, nach dem er in die Fremde zog, er hat es gefunden.

Neben seinem Beruf arbeitet er rege als Vorstandsmitglied seiner Gewerkschaft. Auch bekleidet

er in der Fabrik das Amt eines Vertrauensmannes. Wiederholt hat er bei Differenzen zwischen Geschäftsleitung und den Arbeitern mit Erfolg vermittelnd eingegriffen.

In letzter Zeit aber türmen sich trübe Wolken am Gewerkschaftshimmel auf. Die großen Verbände der Arbeitgeber haben es darauf abgesehen, die ihnen unliebsamen, immer stärker anwachsenden Gewerkschaften zu gestören. Um diesen Zweck zu erreichen, müssen die Arbeiter in einen Streik getrieben werden. Wer nicht mitstreift, wird ganz einfach ausgesperrt. Alle Bemühungen der Arbeiterführer, den Konflikt auf friedliche Weise zu lösen, scheitern an dem unbiegsamen Macht- und Herrenstandpunkte der Arbeitgeber.

Wochen- und monatelang dauert der Streik und die Aussperrung. Für die Arbeiter ist es eine sorgenvolle und schwere Zeit, eine Zeit der Entbehrung und des Hungers. Für unsern Freund soll diese Zeit zu einem folgenschweren Verhängnis werden. Die Arbeitslosigkeit hätte er wohl leicht überstanden, denn mit seinen Ersparnissen und der Unterstützung der Gewerkschaft hätte er seine Familie schon eine Zeitlang ohne Not über Wasser gehalten. Doch Schlimmeres betrifft ihn. Seine beiden Kinder erkranken an einer Halskrankheit und erliegen nach kurzem Kampfe. Er muß sein Glück begraben.

Als nach langem Kampfe der Streik und die Aussperrung aufgehoben werden — ohne Sieger und Besiegte —, will auch unser Freund wieder arbeiten. Für ihn aber gibt es keine Arbeit, überall wird er abgewiesen. Er steht als Führer in der schwarzen Liste und soll ausgebürgert werden.

Schwerer Kummer über den Verlust ihrer Kinder, ungenügende Ernährung und die Sorgen für die Zukunft werfen auch sein Weib auf das Krankenlager, von dem es nicht wieder aufstehen

soll. Blutenden Herzens, mit unendlichem Weh und einer trostlosen Leere in der Brust begleitet er sie auf ihrem letzten Weg. Dann aber leidet es ihn nicht mehr hier.

Er trennt sich von der Stadt, die seine zweite Heimat geworden. Mit anderen Gefühlen wie einstmal greift er zum Wanderstab. Auf die Landstraße treibt es ihn, er will vergessen. Aber bald ist er aller Mittel entblüht und niemand will den alternenden Mann beschäftigen.

Und nun kommt das Schlimmste: Er muß betteln gehen! In einem Herbstmittag, als er gerade vor der Tür einer Wohnung die ihm gereichten Speisereste verzehrt, wird er von einem Polizisten ertappt und vor das Gericht geschleppt. Das Urteil ist in diesem Fall für den Richter sehr klar und leicht zu geben. Er diktiert dem Gerichtsschreiber: Der Angeklagte ist geständig, gebettelt zu haben, ist ohne Existenzmittel und seit längerer Zeit arbeitslos. Derselbe wird deshalb wegen Bettelns, Vagierens und Landstreichens zu sechs Tagen Haft, Landesverweis und -Schub über die Grenze verurteilt.

Wie ein Donnereschlag trifft ihn dieses Urteil. Er ist also ein Landstreicher. Ist es denn seine Schuld, wenn er keine Arbeit findet? Er ist doch täglich danach gelaufen, aber immer abgewiesen worden.

Nein, ein so schlechter Mensch, wie ihn dieses Urteil glorifiziert, ist er nicht, sein ganzes Leben ist er ehrlich und rechtschaffen gewesen. Willig gebrochen wird er aus dem Gefängnis entlassen und an die Grenze gebracht.

Auf einem Stein im Schutze dreier Nichten fauert eine Gestalt und darüber raunt es leise: „Nun ruhe dich, müder Wanderer, aus!“

Die Minimallohne in Frankfurt a. M. betragen demnach für das Steinbruchspersonal: Hilfsarbeiter von 11 bis 15 Jahren 67,50 Mk., von 15 bis 17 Jahren 72,50 Mk., von 17 bis 18 Jahren 81,50 Mk., von 18 bis 20 Jahren 95,15 Mk. (verheiratet 3,— Mk. mehr), von 20 bis 24 Jahren 104,15 Mk. (verheiratet 3,— Mk. mehr) und über 24 Jahren 109,15 Mk. Steinschleifer ohne Rücksicht des Alters 114,65 Mk. Anlegerinnen bis zu 18 Jahren 70,50 Mk., über 18 Jahren 79,50 Mk. Hilfsarbeiterinnen bis zu 18 Jahren 59,— Mk., über 18 Jahren 68,— Mk.

Für Groß- und Klein-Steinheim betragen die Minimallohne für das Steinbruchspersonal nunmehr: Steinschleifer bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres 94,50 Mk., bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres 101,— Mk., über 24 Jahren 106,— Mk. Hilfsarbeiter je nach dem Alter von 42,— Mark bis 97,— Mk. Verheiratete erhalten in allen Staffeln wöchentlich 3,— Mk. mehr. Anlegerinnen bis 18 Jahren 64,— Mk., über 18 Jahren 65,— Mk. Bogenfängerinnen bis 16 Jahren 47,— Mk., bis 18 Jahren 52,— Mk., über 18 Jahren 57,— Mk. Hilfsarbeiterinnen je nach dem Alter von 39,— Mk. bis 53,— Mk.

Die Minimallohne in Offenbach a. M. betragen für das Steinbruchspersonal: für Steinschleifer bis 21 Jahren 97,50 Mk., bis 24 Jahren 104,— Mk., über 24 Jahren 109,— Mk.; für Hilfsarbeiter je nach dem Alter von 47,— Mk. bis 97,50 Mk. Verheiratete erhalten in allen Staffeln wöchentlich 3,— Mk. mehr. Anlegerinnen bis zu 18 Jahren 65,— Mk., über 18 Jahren 69,— Mk. Bogenfängerinnen bis 16 Jahren 49,— Mk., über 16 Jahren 58,50 Mk. Hilfsarbeiterinnen bis zu 16 Jahren 42,— Mk., über 16 Jahren 52,— Mk.

Die Minimallohne für das Steinbruchspersonal in Hanau a. M. sind folgende: Steinschleifer bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres 97,50 Mk., bis 24 Jahren 104,— Mk., über 24 Jahren 109,— Mk. Hilfsarbeiter von 47,— Mk. bis 97,50 Mk. Verheiratete erhalten in allen Staffeln wöchentlich 3,— Mk. mehr. Anlegerinnen 67,50 Mk. Bogenfängerinnen und Bronzieren unter 16 Jahren 56,50 Mk., über 16 Jahren 66,50 Mk. Hilfsarbeiterinnen bis zu 15 Jahren 39,— Mk., bis zu 16 Jahren 41,— Mk., bis zu 18 Jahren 49,— Mk., über 18 Jahren 52,— Mk.

Kaufbeuren. Hier wurden nach zweimaligen Unterhandlungen ebenfalls ab 1. Januar neue Feuerungszulagen abgeschloffen, und zwar für alle männlichen Hilfsarbeiter 12,— Mk., für die weiblichen 8,— Mk. und für die jugendlichen beiderlei Geschlechts 6,— Mk.

Leipzig. Mit Wirkung ab 3. Januar wurden für das Steinbruchspersonal folgende Mindestzulagen zwischen dem Verein Leipziger lithographischer Anstalten und der Zahlstelle Leipzig unseres Verbandes vereinbart: für Steinschleifer 21,75 Mk., Rinkschleifer 20,75 Mk., Hilfsarbeiter über 24 Jahre 20,50 Mk., von 22 bis 24 Jahren 18,50 Mk., von 20 bis 22 Jahren 17,25 Mk., von 18 bis 20 Jahren 14,35 Mk., von 16 bis 18 Jahren 12,25 Mk. und von 14 bis 16 Jahren 9,75 Mk.; für Diffetanlegerinnen 14,13 Mk., Nachdruckanlegerinnen an Maschinen über 95 × 125 13,25 Mk., an kleineren Formaten 12,75 Mk., Lichtdruckanlegerinnen 12,— Mk., Bogenfängerinnen über 18 Jahre 11,50 Mk., unter 18 Jahren 10,50 Mk., weibliches Hilfspersonal über 22 Jahre 11,50 Mk., von 20 bis 22 Jahren 10,25 Mk., von 18 bis 20 Jahren 9,13 Mark, von 16 bis 18 Jahren 7,63 Mk., von 14 bis 16 Jahren 6,50 Mk. Neben den bisherigen ortsüblichen Mindestsatz Entlohnung erhalten 25 Prozent ihres Verdienstes plus 1,— Mk. Zuschlag. Neben Arbeitszeit und Ferien wurde gemeinsam verhandelt, wobei letztere für sämtliche Männlichen analog den Bestimmungen des Steinbruchtartiffs geregelt wurden, während für die Weiblichen — sofern sie nicht bereits im Genuß solcher waren — noch die Hälfte der Sätze nachzuholen bleibt. Etappenweise wird auch diesen das Gehälften Jugeständene nachgeholt und nicht vorenthalten werden können.

München. Feuerungszulagen in Steinbrucht. Nachdem mit dem Abschluß des Reichstarifs für das Hilfspersonal in den Buchdruckereien neue Feuerungszulagen bewilligt wurden, forderte die Kollegenchaft in den hiesigen Steinbruchtereien dieselben Zulagen. Nach einer unverdäulichen Aussprache, die unser Vorstehender, Kollege Lehmeier, mit dem Vertreter der Prinzipalitat, Herrn Lang, hatte, wurde das Resultat dieser Aussprache in einer sehr stark besuchten Versammlung am Mittwoch, den 21. Januar, bekanntgegeben. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurden mit großer Mehrheit die Zugeständnisse der Prinzipale angenommen.

Es erhalten unsere Kollegen und Kolleginnen ab 1. Januar nachstehende neue Feuerungszulagen: Männliche verheiratete und ledige Hilfsarbeiter über 24 Jahren 21,25 Mk., ledige Hilfsarbeiter von 18 bis 24 Jahren 18,75 Mk., Einlegerinnen 13,75 Mark, Bogenfängerinnen 13,75 Mk., jugendliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren 10,— Mk.

Mürnberg-Fürth. Das Steinbruchspersonal hat durch Verhandlungen mit dem Schuberband folgende Feuerungszulagen erreicht: für alle männlichen Hilfsarbeiter pro Woche 21,50 Mk., alle Kolleginnen über 16 Jahre 15,— Mk. und für alle jugendlichen unter 16 Jahren 5,— Mk. Um diese Beträge erhöhen sich auch gleichzeitig die Einstelllohne. In überfüllten Versammlungen leider Städte wurde scharfe Kritik geübt an den unzulänglichen Löhnen in der Branche, und nur durch das der Kommission gegebene Versprechen, daß der Schuberband seinen Mitgliedern empfehlen werde, den älteren geübten Arbeitern Zulagen über das Minimum zu geben, was es möglich, die Zugeständnisse mit einer Zweidrittelmajorität zur Annahme zu bringen.

Rundschau.

Georg Schlabig-Hamburg gestorben. Wieder ist einer von unsern alten Kollegen in Hamburg am Dienstag, den 20. Januar, zur Ruhe bestattet worden. Georg Schlabig diente als Hilfsarbeiter von der Pike auf, arbeitete als Tegelbruder, Anleger und Rotationsarbeiter. Er kam 1898 nach Hamburg und war vorher in Breslau, wo er 1872 geboren wurde, in Köln und Berlin tätig gewesen. Hier ist er Verbandsmitglied geworden und arbeitete so eifrig für unsere Sache, daß die Kollegenchaft im Geschäft ihn nach kurzer Zeit zu ihrem Vertrauensmann wählte. Bald konnten wir ihn als Vorstandsmitglied begrüßen, und hier hat er nun bis zur Wahl 1919 seine Schuldigkeit getan.

Schlabig war mit einem schweren Leiden behaftet, das ihn trieb, aus dem Beruf auszuscheiden. Aber rege verfolgte er noch alle Vorgänge unseres Verbandes und bis zum letzten Augenblick ist er der Arbeiterbewegung treu geblieben. In der alten Partei, in unsern Vorstandssitzungen, in Versammlungen, im Kreise seiner Geschäftskollegen, in Schiedsgerichtssitzungen und bei örtlichen Abschlüssen, überall half er sein gut Teil mit. In der Kriegszeit hat er auch kurze Zeit den Kollegen Lobse vertreten. Familie hat Schlabig nicht gehabt, denn sein Leiden zwang ihn, einsam zu bleiben. Aber die älteren Kollegen haben nicht nur einen Kollegen, sondern auch einen Freund an ihm verloren. Er wird unvergessen bleiben.

Lohnkonferenz im Reichsarbeitsministerium. Im Reichsarbeitsministerium hat vor kurzem unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Geib eine Beratung über die Frage stattgefunden, ob durch zweckmäßigere Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten in den Tarifverträgen eine Besserung der Arbeitskämpfe erreicht werden könne. An der Beratung haben teilgenommen: die Professoren Gothein (Heidelberg) und Hertner (Berlin), die Mitglieder der Rationalversammlung Dr. Fernburg, Becker (Arnberg) und Erkelenz, der Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Adolf Cohen, die Vorstandsmitglieder der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Geh. Rat Ernst von Borzigt, Direktor Krämer und Dr. Hoff, Ministerialdirektor a. D. Dr. Simons vom Reichsverband deutscher Industrie, der Chefredakteur der „Sozialen Praxis“ Dr. Heyde, sowie Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Reichswirtschaftsministeriums und des preussischen Handelsministeriums. Im Laufe der Aussprache äußerten fast alle Redner ernste Bedenken gegen eine mechanische Anpassung der Löhne an die Preise der Lebenshaltung, von der eine ständige Steigerung aller Preise zu befürchten sei. Dagegen wurde allgemein die große Bedeutung der vom Reichsarbeitsministerium veranstalteten Lebenshaltungs- und Lohnstatistik für eine angemessene Lohnbemessung und für die Ausgestaltung der Tarifverträge anerkannt. Die Frage, wie die Ergebnisse dieser Statistik in der Praxis bei Tarifvertrags- und Einigungsverhandlungen zweckmäßig zu erwerben seien, wird von der Zentralarbeitsgemeinschaft unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums eingehend geprüft werden.

Neben die zunehmende Teuerung brachte eine Berliner Zeitung Feststellungen, die der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, gemacht hat. Danach

stellen sich die wöchentlichen Kosten der Lebenshaltung für eine vierköpfige Familie auf 190,— Mk. Berechnet sind dabei für die Ernährung 90,— Mk., Kleidung 45,— Mk., für Wohnung, Heizung, Beleuchtung 27,— Mk. und für andere Ausgaben 28,— Mk.

Betriebsunfall. In Hannover verunglückte eine Kollegin im Betriebe der Firma R. Leunis und Chapman. Sie quetschte sich die Hand beim Anlegen am Tegel, so daß sie einer Heilanstalt zugeführt werden mußte.

Das ist in kurzer Zeit der dritte Unfall an derselben Maschine. Sollten die Unfälle wirklich nur auf die Unvorsichtigkeit der Anlegerin zurückzuführen sein? Es erscheint dringend angebracht, die Schutzvorrichtungen zu prüfen.

Eingegangene Druckschriften.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Nr. 1. Preis 70 Pf. Nr. 1—3 im Abonnement 1,80 Mk.

Adressentafel.

Goslar. Vorsitzender: Edmund Kiefler, Springerstr. 8. — Kassierer: Otto Lauterbach, Bäckerstr. 20 e.

Kaufbeuren. Vorsitzender: Johann Ketterl, Rappened Nr. 9. — Kassierer: Franz Buchhart, Unter dem Berg Nr. 9.

Abrechnungen.

Abrechnungen des vierten Quartals sind eingegangen aus:

Gau 3: Karlsruhe 2424,90 Mk.
Gau 5: Plauen 453,35, Zwickau 1103,— Mk.
Gau 6: Altenburg 1936,46, Borna 59,16, Cöthen 405,54, Grimnitzschau 983,75, Eisenach 208,17, Erfurt 510,85, Gera 373,12, Gotha 252,28, Greiz 422,37, Grotzsch 119,93, Halle 2821,77, Jena 203,95, Leipzig 31 746,30, Naumburg 196,61, Pößneck 918,49, Rudolstadt 125,12, Saalfeld 771,01, Weimar 330,06, Zeitz 94,01, Einzelzahler 280,50 Mk.

S. Lohajl.

Rachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kollegin

Martha Müller

(i. Fa. D. Laube)

nach kurzer Krankheit verstorben ist. Ehre ihrem Andenken!

Die Mitgliedschaft Dresden.

Rachruf.

Am 18. Januar 1920 entschlief nach kurzer Krankheit unsere Kollegin

Berta Martens

(in Firma: General-Anzeiger).

Ein ehrenbes Andenken bewahrt ihr Die Ortsverwaltung Hamburg.

Rachruf.

Wiederum hat unsere Mitgliedschaft innerhalb Monatsfrist den Tod eines braven Kollegen zu beklagen.

Am 18. Januar 1920 starb unerwartet der Stereotypie-Gilfsarbeiter

Gustav Preugschat

im 42. Lebensjahre.

Sein Andenken wird in Ehren halten Die Zahlstelle Königsberg i. Pr.